

Das Konzept sieht eine schrittweise Heranführung der Türkei an die EU-Strukturen vor. Im Kern beinhaltet das eine sektorale Teilintegration und ist zugleich ein dynamisches Modell, bei dem die Integration stufenweise fortschreiten könnte. Die jeweils erreichte Integrationsstufe kann aus verschiedenen Gründen für einen der Partner ausreichend sein, so dass er von einer weiteren Integration bzw. Vertiefung absehen möchte. Der Beginn der nächsten Integrationsstufe ist eng verknüpft mit der Umsetzung von angekündigten Reformen. Im Gegensatz zur Privilegierten Partnerschaft und EAM bleibt die Perspektive der Vollmitgliedschaft erhalten, die allerdings erst nach Inkrafttreten der letzten Integrationsstufe erfolgen kann.

Die Hauptunterschiede der Abgestuften Integration zur Privilegierten Partnerschaft und der EAM liegen darin, dass die Türkei nicht nur primär wirtschaftlich, sondern auch politisch (teil-) integriert wird und für die integrierten Bereiche ein sektorales Mitentscheidungsrecht ohne Anrecht auf ein Veto im Rat bekommt.

Seitens der Türkei könnte zwar eingewandt werden, dass es womöglich nicht zu einer Vollmitgliedschaft kommt - für die EU würde sich dann aber die Frage nach der Glaubwürdigkeit ihres 40-jährigen Beitrittsversprechens gegenüber der Türkei stellen. Des Weiteren ersetzt die Abgestufte Integration nicht die Debatte um die institutionellen, kulturellen und geographischen Grenzen der EU oder darüber, ob die EU gewillt ist, ein mehrheitlich muslimisches Land in ihre Gemeinschaft aufzunehmen.

Die Vorteile der Abgestuften Integration sind die politische Integration der Türkei in europäische Strukturen, ohne die EU institutionell zu überdehnen; der zusätzliche Zeitgewinn, den sowohl die EU als auch die Türkei für weitere Reformen brauchen werden; der komparative Kostenvorteil für die EU gegenüber einer Vollmitgliedschaft.

Zusammenfassung

Die EU sollte der Türkei die Perspektive der Vollmitgliedschaft nicht a priori verweigern, denn langfristig könnte sich das politische Klima in Europa, z. B. aufgrund demographischer, energiepolitischer oder sicherheitsbedingter Probleme, zugunsten der Türkei verbessern. Gemäß der Entscheidung des Europäischen Rates im Dezember 2004 laufen die Vorbereitungen auf den am 3. Oktober angesetzten Verhandlungsbeginn mit der Türkei auf Hochtouren. Anfang Oktober werden die 25 EU-Mitgliedstaaten zu einer zwischenstaatlichen Konferenz zusammenkommen, auf der sie den EU-Verhandlungsrahmen voraussichtlich einstimmig verabschieden werden. Sobald er eröffnet worden ist, wird der Verhandlungsprozess „ergebnisoffen“ geführt. Diplomaten in Brüssel rechnen damit, dass der Beitritt des ersten islamischen Landes in die EU, falls überhaupt, frühestens in zehn Jahren erfolgt.

27.09.2005 | Udo Röllenblech

Letzte Meldung:

Einigung in letzter Sekunde

Nach dramatischem Ringen hatte die Europäische Union die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei aufgenommen. Kurz nach Mitternacht am Dienstag 04.10.2005 eröffneten der britische Außenminister Jack Straw und sein türkischer Kollege Abdullah Gül in einer symbolischen Zeremonie die Gespräche. Die EU hatte sich nach einer Blockade der österreichischen Regierung erst am Montag 03.04.2005 auf die endgültigen Vorgaben der Verhandlungen geeinigt. Die EU begann zudem auch Beitrittsverhandlungen mit Kroatien. Dies war möglich geworden, nachdem UN-Chefanklägerin Carla del Ponte dem Land volle Kooperation mit dem UN-Tribunal in Den Haag bescheinigt hatte.

Die Europäische Union und die Türkei Beitrittsverhandlungen zur EU



Am 3. Oktober 2005 sollen die EU-Beitrittsverhandlungen mit der Türkei offiziell beginnen. Die Türkei ist zwar offizieller Beitrittskandidat zur EU, bisher allerdings ohne Verhandlungen mit der EU zu führen. Im Dezember 2004 beschlossen die 25 Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten einstimmig die Eröffnung von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei am 03.10.2005. Verknüpft war die Zustimmung jedoch mit strengen Auflagen. Neben umfassenden rechtlichen Reformen zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in der Türkei wurde auch die Unterzeichnung des Anpassungsprotokolls zum Ankara-Abkommen als Bedingung für die Aufnahme von Verhandlungen festgelegt. Das bedeutet in erster Linie, dass die Türkei die Zollunion mit der EU auf alle neuen Mitgliedstaaten einschließlich Zypern ausweiten muss. Eine explizite Forderung Zypern völkerrechtlich anzuerkennen war jedoch nicht formuliert worden¹. In der EU war man aber davon ausgegangen, dass die Ausdehnung der Zollunion einer indirekten Anerkennung gleichkäme. Doch als die Türkei nun die Zollunion mit den zehn neuen EU-Mitgliedstaaten beschloss, hat sie es erneut abgelehnt, die Republik Zypern anzuerkennen.

Zu den anstehenden Beitrittsverhandlungen gibt es unterschiedliche Positionen. Die Befürworter einer vollständigen türkischen EU-Perspektive stehen den Gegnern gegenüber, wobei die Zustimmung oder Ablehnung jedoch unterschiedlich ausgeprägt sind.

¹ Seit einem griechisch-zypriotischen Putsch und einer anschließenden türkischen Militärintervention 1974 ist Zypern geteilt. Die EU erkennt nur die Republik Zypern im Süden an, Ankara dagegen nur die international isolierte "Türkische Republik Nordzypren"

Die Befürworter vertreten die Auffassung, dass die Türkei seit jeher eine besondere Beziehung zu Europa habe. Die EU und Deutschland profitieren erheblich von intensiven Wirtschaftsbeziehungen. Die Türkei stelle jedoch nicht nur einen Wirtschafts-, sondern auch einen Sicherheitspolitischer Partner dar. Sie liegt strategisch bedeutsam an der Natstelle zwischen Europa und Asien. Nicht zuletzt sei sie auch Mitglied in der NATO. Außerdem werde die Türkei das politische Gewicht der EU in der Welt weiter stärken, da die Türkei große Einflusschancen auf die türkischsprachigen Länder Zentralasiens mitbringt.

Die umstrittene Position der Türkei zu Zypern gibt den Kritikern eines Türkei-Beitritts neuen Auftrieb. In Frankreich und Deutschland fordern immer mehr Politiker die Anerkennung Zyperns als Bedingung für den Verhandlungsbeginn überhaupt.

Die Stimmung in Deutschland

In Deutschland bekennt sich die SPD rückhaltlos zu einer türkischen EU-Perspektive. Man verweist auf jahrzehntelange Versprechen und fordert die EU-Vollmitgliedschaft.

Ähnlich sehen es Bündnis90/Die Grünen. Die Aussicht auf eine Mitgliedschaft habe auch in anderen Ländern dazu geführt den inneren Demokratisierungsprozess zu stabilisieren und gesellschaftliche Veränderungen an zustoßen.

Die Linkspartei.PDS befürwortet trotz einiger Bedenken die Aufnahme ernsthafter Beitrittsverhandlungen. Sie fordert die konsequente Einhaltung der Kopenhagener Kriterien, d. h. eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, Wahrung von Menschenrechten, Schutz von Minderheiten und eine funktionierende Marktwirtschaft, die den Marktkräften innerhalb der EU standhält. Zusätzlich fordert sie noch den Abbau der Sonderstellung des Militärs im Staat.

Die CDU/CSU lehnen eine EU-Vollmitgliedschaft ab, da dies die Integrationsfähigkeit der EU politisch, wirtschaftlich und sozial überfordern würde. Neben der immer noch gegebenen Folter bestehe immer noch keine Redefreiheit in der Türkei. Die geostrategische Bedeutung der Türkei sei zwar gegeben, jedoch könne man den Herausforderungen in der Sicherheitspolitik am besten in der NATO begegnen. Sie fordern eine sogenannte privilegierte Partnerschaft der Türkei.

Ähnlich sieht es die FDP, jedoch mit der Einschränkung, dass sie die Türkei derzeit für nicht beitriffähig und die EU für nicht aufnahmefähig hält und eine Option offen lässt, dass dies in 15 Jahren ganz anders sein könne. Man geht zwar von Verhandlungen aus, die aber nicht automatisch zu einer Vollmitgliedschaft führen müssen. Auch ein privilegierter Nachbarschaftsvertrag müsse als Verhandlungsergebnis möglich sein.

Aktueller Diskussionsstand in der EU

Insbesondere Frankreich, Griechenland und Zypern waren durch die Zusatzklärung der Türkei zur Zollunion hinsichtlich der Anerkennung Zyperns sehr aufgebracht. Es wurde mittlerweile jedoch ein Kompromiss gefunden.

Zunächst hatten sich Frankreich und Großbritannien auf eine Formulierung für den Beginn der Beitrittsverhandlungen verständigt. Danach hat die Anerkennung aller EU-Staaten eine vorrangige Bedingung für den Beitritt, stellt aber keine Voraussetzung für den vorhergehenden Verhandlungsprozess dar. Die ursprüngliche Forderung einer Anerkennung Zyperns durch die Türkei vor dem Verhandlungsbeginn am 3. Oktober wurde damit aufgegeben. Die Türkei muss Zypern allerdings noch während der Beitrittsverhandlungen anerkennen. Eine konkrete Frist fehlt jedoch in dem Text, man will aber eine volle Anerkennung in 2006 evaluieren. Neu ist auch, dass beim Aufnahmeprozess der Türkei die Aufnahmefähigkeit der EU zu berücksichtigen sei.

Bis zum 3.Oktober müssen die EU-Staaten jetzt einstimmig den Verhandlungsrahmen beschließen. Einzig Österreich ist mit dem Text nicht ganz zufrieden. Es möchte neben den beiden Punkten des Kommissionsvorschlages die Erwähnung konkreter Alternativen zur vollen Mitgliedschaft als Verhandlungsziel im Verhandlungsrahmen verankert sehen.

Hierfür hat Österreich allerdings keine Verbündeten. EU-Diplomaten in Brüssel berichten jedoch, dass Österreich mit der Forderung ein anderes Ziel verfolge, nämlich den Beginn von Beitrittsverhandlungen mit Kroatien zu forcieren. Die EU will solange nicht mit Kroatien über den Beitritt verhandeln, bis die kroatische Regierung mit dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag vollständig zusammenarbeitet. Österreich lehnt es aber ab Gespräche mit der Türkei zu führen und mit Kroatien aufzuschieben. Dass Österreich den Verhandlungsbeginn blockieren wird, ist allerdings nicht zu erwarten.

Die Zyprioten waren bisher bei der Umsetzung von Ergänzungen für eine Verhandlungsmandat erfolgreicher. So enthält der Entwurf die Forderung Zyperns, dass die Türkei in internationalen Institutionen kein Veto gegen ein EU-Mitglied einlegen darf. Damit dürfte die Türkei den von Zypern angestrebten Beitritt zur Nato nicht weiter blockieren.

Die Türkei hat allerdings gedroht, von sich aus auf das Beitrittsgesuch zu verzichten, sollte die EU neue Bedingungen stellen.

Alle 25 EU-Staaten sind sich offenbar einig, dass die Beitrittsgespräche mit der Türkei wie geplant am 3. Oktober beginnen sollen. Dies gilt auch für Zypern. Zypern verzichtet damit auf einen konkreten Zeitplan für eine Anerkennung durch die Türkei.

Die Privilegierte Partnerschaft

Die Elemente einer solchen privilegierten Partnerschaft sind die

- Erweiterung der Zollunion zur umfassenden Freihandelszone,
- Aufstockung der Hilfsprogramme,
- Unterstützung bei der Schaffung einer Euro-Mediterranen Freihandelszone²,
- Außen- und Sicherheitspolitik – Konsultation, Einbindung und Kooptation und Zusammenarbeit in Innen- und Justizfragen.

"Abgestufte Integration" statt "Privilegierter Partnerschaft"?

In die Diskussion der Langzeitperspektive hat der Frankfurter Politikwissenschaftler Cemal Karakas³ einen interessanten Vorschlag eingebracht. Sollte ein Beitritt – aus welchem Grund auch immer - nicht zustande kommen, muss laut Türkei-Beschluss des Rates vom 16./17. Dezember 2004 "sichergestellt werden, dass das betreffende Bewerberland durch eine möglichst starke Bindung vollständig in den europäischen Strukturen verankert wird." Aufbauend auf diesem Beschluss Rates könnte das Modell der Abgestuften Integration zu gegebener Zeit eine mögliche Anbindungsoption jenseits der vor allem in Deutschland, Frankreich und Österreich diskutierten Privilegierten Partnerschaft sowie der vom Osteuropa-Institut vorgeschlagenen Erweiterten Assoziierten Mitgliedschaft (EAM)⁴ sein, da sie sowohl der EU als auch der Türkei eine dauerhafte und klar definierte Integrationsalternative bietet.

² Deutschland beteiligt sich am sogenannten Barcelona-Prozess der EU. Des ist das im November 1995 in Barcelona entwickelte, umfassende Konzept für die Zusammenarbeit der EU mit den "Euromed"-Partnern (Euro-Mediterranean Partnership) südlich und östlich des Mittelmeers (Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Marokko, Palästinensische Gebiete, Syrien, Tunesien und Türkei. Libyen hat Beobachter-Status).

Der Barcelona-Prozess will im Mittelmeer-Raum eine Zone des Friedens, der Stabilität und des Wohlstands schaffen.

³ Cemal Karakas wurde 1973 in der Türkei geboren und wuchs im hessischen Offenbach auf. Nach Studium der Politikwissenschaften, VWL und Germanistik in Frankfurt und Lyon promoviert er derzeit an der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) zum Thema "Demokratieförderung und Islamisierung - Zielkonflikte in der Türkeipolitik der USA und Deutschlands". Seit 2001 ist der frühere Freie Mitarbeiter der Frankfurter Rundschau zudem als Referent im Europäischen Parlament in Brüssel tätig.

⁴ Die „assozierte Mitgliedschaft“ umfasst eine Beteiligung der Türkei an den EU-Institutionen ohne Stimmrecht